

Die Behörden verhafteten willkürlich Menschen, um das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken, und die Sicherheitskräfte gingen weiterhin mit unnötiger und exzessiver Gewalt gegen die Proteste vor. Mindestens eine demonstrierende Person wurde erschossen. Die Bemühungen um Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für Verbrechen nach dem Völkerrecht und andere Menschenrechtsverletzungen, die während des Konflikts von 1996 bis 2006 begangen wurden, sind nach wie vor äußerst unzureichend. Die Behörden haben keine glaubwürdigen und unabhängigen Untersuchungen zu Todesfällen in Haft durchgeführt.

### **Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit**

Personen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung wahrnahmen, wurden von den Behörden weiterhin eingeschüchtert, verhaftet und strafrechtlich verfolgt.

Im August verhaftete die Polizei in der Hauptstadt Kathmandu den Komiker Apoorwa Kshitiz Singh, nachdem gegen ein von ihm online veröffentlichtes Video Beschwerde eingelegt worden war. Er wurde gemäß dem Strafgesetzbuch in vier verschiedenen Punkten angeklagt, was zu einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren führen kann. Im Oktober ließ ihn das Distriktgericht Kathmandu gegen Kautionszahlung frei.

Im Oktober drohte die Wahlkommission damit, die Betreiber der Social-Media-Gruppe "No Not Again" strafrechtlich zu verfolgen, und forderte sie auf, die Gruppe zu schließen und Beiträge zu löschen, in denen Politiker\*innen kritisiert wurden. Im November wies der Oberste Gerichtshof die Kommission an, keine Maßnahmen gegen die Aktivisten zu ergreifen und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zu respektieren. Ebenfalls im November forderte die Kommission das Online-Portal Setopati.com auf, einen Artikel über einen Wahlkandidaten zu entfernen. Nach breiter Kritik zog die Kommission diese Forderung später zurück.

Die Behörden gingen hart gegen die Opfer von Kredithaien vor, bei denen es sich zumeist um Landwirt\*innen aus einfachen Verhältnissen handelte, die sich in Kathmandu versammelten und protestierten, um Gerechtigkeit für erlittene finanzielle Straftaten einzufordern. Im September ging die Polizei mit Schlagstöcken gegen friedlich Demonstrierende vor, wobei mindestens fünf verletzt und mehr als 20 Personen festgenommen wurden.

### **Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung**

Die Regierung hat noch keine Fortschritte gemacht, um für die Zehntausende von Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen, die während des internen bewaffneten Konflikts von 1996 bis 2006 von den staatlichen Sicherheitskräften und den maoistischen Rebell\*innen begangen wurden, Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu schaffen. Die Wahrheits- und

Versöhnungskommission und die Untersuchungskommission für ‚Verschwundene‘, die mehr als 60.000 bzw. 3.000 Beschwerden von Opfern entgegengenommen hatten, konnten keinen einzigen Fall aufklären. Obwohl die Mandate beider Kommissionen im Oktober von der Regierung verlängert wurden, waren beide Gremien unbesetzt, nachdem die Amtszeit der vorherigen Kommissionsmitglieder im Juli abgelaufen war.

Im Juli legte die Regierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Kommission zur Untersuchung von ‚Verschwundenen‘ und über die Wahrheits- und Versöhnungskommission von 2014 vor. Der Änderungsentwurf brachte einige Fortschritte bei der Entschädigung von Opfern des Konflikts, dabei wurde jedoch versäumt, andere Unzulänglichkeiten zu beheben, wie es durch ein Urteil des Obersten Gerichtes im Jahr 2015 angeordnet worden war, um das Gesetz in Einklang mit nationalen und internationalen Menschenrechtsstandards zu bringen. Der Gesetzentwurf wurde nicht verabschiedet, da er nicht vor Ende der Legislaturperiode des Parlaments im September beschlossen wurde.

### **Folter und andere Misshandlungen**

Es gab häufig Berichte über Folter und andere Misshandlungen in der Untersuchungshaft, um Häftlinge einzuschüchtern und "Geständnisse" oder andere Beweise zu erlangen. Obwohl das Strafgesetzbuch 2017 Folter und andere Misshandlungen unter Strafe stellt, war bis zum Jahresende niemand nach diesem Gesetz verurteilt worden. Es wurden keine glaubwürdigen Untersuchungen zu Todesfällen in Gewahrsam durchgeführt, bei denen der Verdacht bestand, dass sie auf Folter zurückzuführen waren.

Im Mai wurde ein Dalit, Sundar Harijan, erhängt in einer Toilette des Distriktgefängnisses von Rolpa aufgefunden. Die Polizei behauptete, er habe Selbstmord begangen. Seine Familie wies die Behauptungen zurück, aber die Behörden ordneten keine unabhängige Untersuchung seines Todes an. Im Juni kam ein Untersuchungsausschuss des Innenministeriums zu dem Schluss, dass die Angestellten der Gefängnisverwaltung die Identität von Sundar Harijan rechtswidrig vertauscht hatten, um einen anderen Gefangenen freizulassen, so dass Sundar Harijan die Haftstrafe eines anderen Mannes verbüßen musste. Die Behörden haben ihren Bericht vor Ende des Jahres nicht veröffentlicht.

### **Rechte indigener Völker**

Die Regierung hat noch nicht das Gesetz über die Nationalparks und die Erhaltung der Wildtiere von 1973 reformiert, das nicht den internationalen Standards entspricht. Indigene Völker, die bei der Errichtung von Nationalparks und Schutzgebieten von ihrem angestammten Land vertrieben wurden, blieben landlos und lebten weiterhin in informellen Siedlungen, wo ihnen weitere Zwangsräumungen drohen.

Im Juni schoss die Polizei mit scharfer Munition auf Demonstrierende im Distrikt Bardiya, wobei eine indigene Frau, Nabina Tharu, erschossen und ein Mann verletzt wurde. Die Demonstrierenden forderten den Schutz der in der Nähe des Nationalparks lebenden Menschen vor wilden Tieren, nachdem eine Frau von einem Tiger angegriffen worden war.

## **Rechte der Frauen**

Die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts hielt weiterhin an. Die Regierung versäumte es, die Verfassungsbestimmungen zu ändern, in denen Frauen nicht die gleichen Bürgerrechte haben.

Die restriktive Verjährungsfrist für Vergewaltigung und sexuelle Gewalt im Strafgesetzbuch hinderte Überlebende daran, Anzeige zu erstatten und vor Gericht zu gehen. Im Anschluss an die Proteste im Mai und weit verbreiteten Forderungen der Zivilgesellschaft verabschiedete das Parlament im Juli ein Gesetz, mit dem die einjährige Verjährungsfrist für die Erstattung von Anzeigen auf zwei Jahre bzw. in einigen Fällen auf bis zu drei Jahre verlängert wurde.

## **Recht auf Nahrung und Wohnung**

Die Behörden änderten das Gesetz über das Recht auf Wohnen aus dem Jahr 2018 nicht, obwohl dieses das Recht auf Wohnen nicht ausreichend gewährleistet. Das Gesetz bietet denjenigen, die in informellen Siedlungen leben, keinen Schutz vor Zwangsräumungen und definierte Schlüsselbegriffe wie Obdachlosigkeit und Kündigungsschutz nicht. Hunderte von Familien, die in informellen Siedlungen im ganzen Land leben, waren weiterhin von Zwangsräumungen bedroht, da die Behörden mit Räumungen drohten.

Im November veröffentlichte das dem Ministerium für Stadtentwicklung unterstellte Komitee für integrierte Entwicklung der Bagmati-Zivilisation (High Powered Committee for Integrated Development of the Bagmati Civilization) eine Räumungsankündigung mit zehntägiger Frist für Menschen, die in informellen Siedlungen am Ufer des Bagmati-Flusses leben. Das Komitee drohte mit dem Abriss der Siedlungen ohne ein ordnungsgemäßes Verfahren und ohne alternative Angebote, da sie die "Verschönerungsarbeiten" behinderten.

Die Regierung unternahm auch keine Schritte zur Änderung des Gesetzes von 2018 über das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität, das nicht den internationalen Menschenrechtsstandards entspricht.

Das Fehlen eines notwendigen politischen Rahmens und entsprechender Regulierung behinderte die Umsetzung der bestehenden Gesetze zur Gewährleistung des Zugangs zu Nahrung und Wohnraum.